

MANNHEIMER MORGEN



STREITFALL VIDEOBEWEIS
Fanforscher Harald Lange fordert Abschaffung des VAR ▶ Sport

HEUTE IM E-PAPER
Freizeit-Beilage mit Ausflugs- und Veranstaltungstipps



NEUE LEBENS-RÄUME AM FLUSS
Bezirksbeirat Neustheim beschäftigt sich mit Stand der Neckar-Renaturierung ▶ Mannheim

DAS WETTER

Donnerstag 28/18° C Meist ist es freundlich	Freitag 24/16° C Wolken und Schauer	Samstag 20/13° C Sonne und Wolken

DONNERSTAG 11. JULI 2024 · 79. JAHRGANG · NR. 158

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG

D 4624 · Preis: 3,00 €

Wetter spielt die Hauptrolle

Am Freitag feiern die Nibelungenfestspiele in Worms Premiere. Bei Gewitter müsste diese jedoch ausfallen. Das Wetter macht den Veranstaltern diesmal sehr zu schaffen

▶ Bericht Metropolregion



BILD: DAVID BALTZER / BILDBUEHNE.DE

KOMMENTAR



Steffen Mack über veränderte Stimmzettel bei der Kommunalwahl

AfD-Anhänger nicht aufgeben

Sehr viele Menschen sehen die AfD als Gefahr für unsere Demokratie, so ja auch der Verfassungsschutz. Für sie alle gibt es nun eine positive Erkenntnis. Nach den Analysen eines Mannheimer Forschungsteams verteilen bei der Kommunalwahl Anhänger dieser Partei von ihren jeweils 48 Stimmen auch einige an die politische Konkurrenz. Das bedeutet, sie glauben offensichtlich nicht das AfD-Geschwafel vom „Einheitsbrei der Altparteien“. Einzelne Vertreter von denen gefallen ihnen durchaus.

Das mag für die Betroffenen – allen voran von CDU und Mannheimer Liste – nicht immer schmeichelhaft sein. Aber es zeigt, dass jene AfD-Anhänger für die etablierten Parteien noch nicht verloren sind. Beim nächsten Mal bekommen sie von ihnen vielleicht noch mehr Stimmen, eines Tages womöglich sogar alle. Dies heißt indes keineswegs, dass man AfD-Anhängern nach dem Mund reden sollte. Ganz im Gegenteil. Hat in der Vergangenheit etwa die CSU vor einer Wahl ihr Glück mal mit nach der AfD klingenden Parolen versucht, ging das fast immer schief. Dann wählen die Menschen lieber das Original als die Kopie.

Einen Versuch zumindest ist ein Gespräch immer wert

Richtig ist vielmehr, mit AfD-Anhängern den Dialog zu suchen. Sie zu fragen, warum sie jene Partei wählen und ob sie ihr ernsthaft zutrauen, dieses Land zu regieren – geschweige denn seine Probleme zu lösen.

Klar: Grundsätzlich ergeben Diskussionen mit Andersdenkenden nur Sinn, wenn eine gemeinsame Basis besteht. Aber ist dies nicht der Fall, merkt man das nach wenigen Sätzen. Dann lässt sich das Gespräch gleich wieder beenden. Ansonsten gilt es, die Gemeinsamkeiten herauszufiltern und Überzeugungsarbeit zu leisten, dass die AfD keine wirkliche Alternative darstellt.

Interessanterweise haben das die Anhänger der etablierten Parteien in Mannheim offensichtlich durchweg verstanden. Sie wiederum gaben bei der Kommunalwahl nur einen minimalen Teil ihrer Stimmen einzelnen Rechtspopulisten. Mit nur 4,3 Prozent ist der Fremdstimmen-Anteil der AfD mit Abstand der kleinste.

Das sollte wiederum den bürgerlich-konservativen Fraktionen zu denken geben. Selbst ihre Klientel würde es vermutlich eher nicht goutieren, wenn sie im Gemeinderat etwas durchsetzen, was nur mit Zustimmung der AfD ginge. Thüringer Verhältnisse also. Die eine oder andere Wortmeldung ließ leider bereits erkennen, dass bei den schwierigen Mehrheitsverhältnissen da eine gewisse Versuchung besteht.

Nato macht Ukraine weitere Zusagen

Verteidigung: Bündnis-Staaten sichern Kiew mehr Hilfe zu und bringen die versprochenen Kampfflugzeuge auf den Weg. Der Weg zur Mitgliedschaft sei zudem „irreversibel“

Washington. Nato-Staaten machen jetzt Tempo bei der Ausrüstung der Ukraine mit westlichen Kampfflugzeugen: Der Transfer von F-16-Jets sei bereits im Gange, kündigten die USA, die Niederlande und Dänemark am Dienstag in einer gemeinsamen Erklärung am Rande des Nato-Gipfels in Washington an. Damit könnten die Maschinen noch diesem Sommer zur Abwehr des russischen Angriffskrieges zum Einsatz kommen.

Das Bündnis sichert der von Russland angegriffenen Ukraine zudem zu, dass sie auf ihrem Weg in das Verteidigungsbündnis nicht mehr aufgehalten werden kann. In dem Text für die Abschlusserklärung des Spitzentreffens wird der Pfad zur Mitgliedschaft als „irreversibel“ bezeichnet, wie die Deutsche Presse-

Agentur nach Abschluss der Verhandlungen über das Dokument erfuhren.

In dem Text wird noch einmal betont, dass eine formelle Einladung zum Beitritt erst ausgesprochen werden kann, wenn alle Alliierten zustimmen und alle Aufnahmebedingungen erfüllt sind. Dazu zählen Reformen im Bereich der Demokratie und Wirtschaft sowie des Sicherheitssektors.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) stellte der Ukraine unterdessen weitere Hilfe in Aussicht und bezeichnete die bisherige Unterstützung für das Land mit Luftverteidigungssystemen als „großen Schritt“. „Aus meiner Sicht ist dieser Prozess nicht abgeschlossen“, sagte Scholz vor einem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj.

Der Text für die Abschlusserklärung ist ein Kompromiss, der die unterschiedlichen Positionen im Bündnis zum Nato-Beitrittsprozess abbildet. Die Nato-Perspektive für die Ukraine ist innerhalb der Allianz seit langem ein Streitthema. So lehnen es Länder wie Deutschland und die USA ab, in der derzeitigen Situation eine formelle Einladung zum Beitritt auszusprechen. Grund ist vor allem die Sorge, dass ein solcher Schritt zu einer weiteren Eskalation des Ukraine-Krieges führen könnte.

Beitritt schon 2008 vereinbart – allerdings ohne Zeitplan

Auf der anderen Seite stehen etliche andere Alliierte, die argumentieren, dass Russland klar und deutlich gezeigt werden sollte, dass es einen Nato-Beitritt der Ukraine nicht wird

verhindern können. In dieser Logik besteht die Hoffnung, dass eine Einladung der Ukraine in die Nato sogar zu einem schnelleren Ende des Krieges führen könnte.

Die deutsch-amerikanische Position ist für die Ukraine vor allem deswegen problematisch, weil sie für Moskau ein Argument gegen die Aufnahme von Verhandlungen sein könnte. Eines der erklärten Kriegsziele von Kremlchef Putin ist die Verhinderung eines Nato-Beitritts des Nachbarstaates.

Eine Grundsatzzeigung zur Aufnahme der Ukraine hatten die Nato-Staaten eigentlich bereits im Jahr 2008 getroffen. Damals war bei einem Gipfeltreffen in Bukarest vereinbart worden, dass die Ukraine ein Mitglied der Nato wird – allerdings ohne jeden Zeitplan.

In dem Text für die Abschlusserklärung wird der Ukraine zudem zugesichert, dass sie auch innerhalb des nächsten Jahres wieder Militärhilfen im Wert von mindestens 40 Milliarden Euro erhält. Das ist der Betrag, der auch in den vergangenen Jahren mobilisiert wurde.

Die Zusage bleibt deutlich hinter dem zurück, was der scheidende Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg ursprünglich gefordert hatte. Stoltenberg wollte, dass es eine Mehrjahreszusage gibt, um Russlands Präsidenten Wladimir Putin zu zeigen, dass er nicht auf nachlassendes Engagement des Westens setzen kann. Unter anderem die USA wollten sich jedoch nicht langfristig verpflichten. *dpa*

▶ Bericht Politik

Bildung im Fokus

BaWü-Check: Allensbach befragt Bevölkerung und Eltern

Stuttgart. Wo sehen Bürger und Eltern, deren Kinder noch zur Schule gehen, die größten Probleme im baden-württembergischen Bildungssystem? Laut dem aktuellen BaWü-Check, der regelmäßigen Umfrage der Tageszeitungen im Land, bewerten die Befragten vor allem den Lehrermangel kritisch. Als problematisch werden auch die zunehmende Gewalt sowie mangelnde Deutschkenntnisse vieler Schüler gesehen. 47 Prozent der Gesamtbevölkerung und 53 Prozent der Eltern honorieren die Arbeit der Schulen im Land dennoch als gut oder sehr gut. Auch die Lehrer werden gut bewertet, allerdings trauen ihnen nur zehn bis 15 Prozent die Vermittlung ausreichender Medienkompetenz zu. *dir*

▶ Bericht Südwest

Stimmzettel näher analysiert

Kommunalwahl: AfD profitiert am wenigsten von Zugewinnen aus anderen Parteien

Von Steffen Mack

Mannheim. Ein dreiköpfiges Forschungsteam von der Mannheimer Universität hat bei der Kommunalwahl veränderte Stimmzettel ausgewertet. All jene, bei denen auf dem Bogen einer Partei auch für Kandidierende aus einer oder mehreren anderen gestimmt wurde, das sogenannte Panaschieren. Davon profitieren naturgemäß am stärksten Kleinparteien. So beträgt der Anteil jener Fremdstimmen bei der Initiative „Schützt die Autos“, die den Sprung in den Gemeinderat als Einzige verpasste, 77,3 Prozent. Bei der Klimaliste sind es 55,1 Prozent.

Bei den Etablierten, für die auch viele unveränderte Stimmzettel abgegeben wurden, ist der Fremdstimmen-Anteil viel kleiner. So beträgt er bei der SPD 19,8, bei der CDU 11,5 und bei den Grünen, auf dem zweitletzten Platz im Ranking, 10,8 Pro-



Kommunalwahl-Stimmzettel bei der Auszählung im Rathaus.

BILD: MICHAEL RUFFLER

zent. Schlusslist ist weit abgeschlagen die AfD mit 4,3 Prozent.

Somit gaben bei der Kommunalwahl am 9. Juni eher anderen Parteien zuneigende Menschen von ihren 48 Stimmen kaum welche an Rechts-

populisten. Dagegen erhielten andere Parteien, vor allem CDU und Mannheimer Liste, deutlich mehr Fremdstimmen von AfD-Wählern.

▶ Bericht Mannheim

Ärger über Lärm

Autokorsos: Anwohner werfen der Stadt Untätigkeit vor

Mannheim. Die nächtliche Lärmbelästigung in den Mannheimer Quadranten durch hupende und posende Autofahrer hat laut Anwohnern in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Besonders nach den Fußball-EM-Spielen von Deutschland und der Türkei erreichte der Geräuschpegel demnach neue Höchstwerte. Betroffen sind vor allem die Bewohner der Innenstadt, die gegen das nächtliche Spafshupen kämpfen und der Stadtverwaltung vorwerfen, zu wenig dagegen zu unternehmen. Die Stadt verweist an die Polizei: „In den fließenden Verkehr dürfen nur Polizeibeamte eingreifen.“ Und die wiederum rät: Autokorsos dokumentieren, filmen und bei der Polizei zur Anzeige bringen. *jeb/vg*

▶ Bericht Mannheim

Schnell gefunden
Familienanzeigen
Fernsehprogramm

Seite 12
Seite 26

Abonnement-Service
Tel.: 0621/392-2200 Kundenservice@mannheimer-morgen.de
Fax: 0621/392-1400 Mo.-Fr. 7-17; Sa. 8-12 Uhr

Anzeigen-Service
Tel.: 0621/392-1100 Anzeigen@haas-mediengruppe.de
Fax: 0621/392-1445 Mo.-Fr. 8-17 Uhr

MM-Service & MeinMorgen-Shop
Tel.: 0621/392-2200 Dudenstraße 12-26
Mo.-Do. 9-15 Uhr



4 190462 403009

4 0128